



Grüne Jugend Bayern

Landesgeschäftsstelle
Sendlinger Straße 47
80331 München
fon: 089- 211597- 20
fax: 089- 211597- 24
www.gj- bayern.de
vorstand@gj- bayern.de
buero@gj- bayern.de

Echte Reformen sind grün!

Seit der letzten Bundestagswahl hat sich die bayerische Staatsregierung zum Ziel gesetzt, die deutsche Öffentlichkeit durch ihre Reformfreudigkeit zu beeindrucken, um den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber ins Bundeskanzleramt zu hieven. Was dabei tatsächlich herausgekommen ist, ist allerdings wenig mehr als eine Mischung aus großen Versprechungen, destruktiven Sparmaßnahmen und blindem Aktionismus.

Die Grüne Jugend Bayern will hier einen Kontrapunkt setzen. Im Folgenden zeigen wir für fünf verschiedene Politikfelder diejenigen Rezepte auf, die wirklich den Freistaat Bayern voranbringen – und nicht nur den Ministerpräsidenten.

Umweltpolitik

Im Bereich der Umweltpolitik hat die bayerische Staatsregierung traditionell wenig zu bieten. Die wenigen kümmerlichen Reste des christlichen Naturschutzgedankens, die es in der CSU noch gibt, müssen immer dann sofort zurückstehen, wo auch nur die marginalsten Wirtschaftsinteressen berührt scheinen. Dem setzen wir als Grüne einen Fortschrittsgedanken entgegen, der sich an Nachhaltigkeit und Gemeinwohl orientiert.

Gentechnik in der Landwirtschaft

Die Grüne Jugend Bayern hält den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft weiterhin mehrheitlich für unbegründet und gefährlich. Wir setzen uns daher für ein Verbot gentechnisch veränderter Nutzpflanzen ein.

Energie

Ungeachtet der immer lauter werdenden Propaganda interessierter Kreise für einen „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ strebt die Grüne Jugend nach einem schnellstmöglichen Ende der Atomenergie. Die unüberschaubaren Risiken und vor allem das nicht lösbare Endlagerungsproblem machen diese Technologie vollkommen untragbar, und auch das oft gehörte Argument der Kohlendioxidreduktion kann man angesichts der Vielzahl verfügbarer regenerativer Alternativen nicht gelten lassen.

Parallel strebt die Grüne Jugend Bayern allerdings auch einen vollständigen Ausstieg aus CO₂-intensiven Energieformen wie Kohle oder Erdgas an. Dies

kann mit Hilfe einer Doppelstrategie aus negativen und positiven Anreizen erreicht werden, etwa durch eine CO₂- Steuer und die Förderung erneuerbarer Energien, bis diese zu Marktpreisen produzieren können.

Für energiepolitisch überfällig halten wir darüber hinaus die Ermöglichung des diskriminierungsfreien Zugangs zu den Stromnetzen, mehr staatlich finanzierte Forschung zu regenerativen Energieformen und nicht zuletzt eine erheblich verstärkte Förderung von Energiesparmaßnahmen, beispielsweise durch Umwandlung der Eigenheimzulage in eine Förderung ökologischer Bau- und Sanierungsmaßnahmen.

Aufgrund der Vorbildfunktion Europas halten wir die genannten Maßnahmen ausdrücklich für sinnvoll, auch dann wenn sie lediglich in einem europäischen oder gar nur deutschen Alleingang durchgesetzt werden können.

Schulpolitik

Die Schulbildung ist sicherlich dasjenige Politikfeld, in dem die CSU ihre Inkompetenz in jüngster Zeit am beeindruckendsten zur Schau gestellt hat. Die inzwischen zurückgetretene Ministerin Hohlmeier versuchte hier einen Anschein von Reformorientiertheit zu wecken, kam aber über undurchdachte Hau-Ruck-Maßnahmen nie hinaus, und es ist kaum zu hoffen, dass sich dies unter ihrem Nachfolger ändern wird.

Dieser völligen Konzeptlosigkeit der Staatsregierung setzt die Grüne Jugend Bayern einen Reformvorschlag aus einem Guss entgegen. Hierbei soll auf ein verpflichtendes Vorschuljahr, in dem etwaige Sprachdefizite abgebaut werden, eine neunjährige gemeinsame Schulzeit mit einem gemeinsamen Abschluss folgen. Der Unterricht findet dabei ganztags von 09:00 bis 16:00 Uhr statt und ist aufgeteilt in Unterrichts- und Eigenlernphasen. Die Klassenstärken sollen 20 Personen nicht überschreiten. Um individuellen Begabungsunterschieden Rechnung zu tragen, sollen in den ersten 6 Jahren keine „Ziffer-Noten“ vergeben werden. Ein „Durchfallen“ ist nicht mehr möglich, leistungsschwächere Schüler werden gezielt einzeln gefördert.

Dabei sollte selbstverständlich auch der Unterricht nicht auf blinde Reproduktion ausgerichtet sein. Verpflichtende fächerübergreifende Projektarbeiten und Berufspraktika verringern ebenso die Theorielastigkeit wie ein praxisorientierter Fremdsprachenunterricht (etwa mit Schüleraustausch und Videokonferenzen) und eine Stärkung des GPR-Bereichs mit stärkerem Bezug zur aktuellen Weltlage.

Um eine solche Schule mit Leben zu füllen, muss selbstverständlich auch die LehrerInnenausbildung reformiert werden. Neben einer stärkeren Beachtung von Didaktik und Pädagogik sollen dabei auch Praktika außerhalb der Schule absolviert werden, um die SchülerInnen besser aufs spätere Berufsleben vorbereiten zu können. Die Lehrer sollen nicht mehr verbeamtet und zukünftig leistungsorientiert bezahlt werden, wobei ihre Bewertung durch die Schüler, ihr Abschneiden bei externen Evaluationen, die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen und ihr allgemeines Engagement in der Schule zugrunde gelegt

werden sollen.

Weitere Forderungen:

- akademische Ausbildung für ErzieherInnen im Vorschuljahr
- keine Noten in Fächern wie Sport, Musik und Werteunterricht
- keine Leistungsselektion
- 2./3. Fremdsprache als freiwilliger Zusatzkurs
- reale Lehrmittelfreiheit
- häufigere Aktualisierung der GPR-Buchbestände
- generelle Förderung des Multimediaeinsatzes
- stärkere Kooperation mit Vereinen
- Einbeziehung von externen Personen außerhalb des Schulalltags (z.B. Psychologen)
- intensivere Vernetzung mit Uni und Ausbildungsbetrieben
- Mitsprache der SchülerInnen in allen Bereichen stärken
- Schule als Lebensraum: Eigene Gestaltung der Klassenräume (Pflanzen usw.)
- Abwandlung des Religionsunterrichts in einen Werteunterricht

Hochschulpolitik

Auch im Hochschulbereich hat die bayerische Staatsregierung in letzter Zeit „Reformen“ angestrebt. Dabei zeichnet sich jedoch vor allem eine fortschreitende Entdemokratisierung ab. Folge davon ist, dass an Hochschulen oft über die Köpfe der Studierenden hinweg entschieden wird. Die Grünen Jugend Bayern tritt daher für mehr Mitspracherechte der Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen ein und fordert eine verfasste Studierendenschaft, die sich wie in anderen Bundesländern, finanziell und ideell selbst bestimmen kann.

Der/Die Studierende wird, laut Staatsregierung, in zunehmenden Maße als Kunde/in anstatt als Mitglied der Hochschule gesehen. Damit wird in keiner Weise die produktive Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Hochschulapparat gefördert. Studierende sollten durch Evaluationen die Möglichkeit haben die Leistung ihrer DozentInnen zu bewerten um damit konstruktiv zur Verbesserung des Lehrangebots beitragen zu können. Wir begrüßen die Einführung der Professur auf Zeit; zudem würden ProfessorInnen durch die Aufhebung des Beamtenstatus gezwungen stetig und längerfristig zu arbeiten.

Studiengebühren und Kontenmodelle lehnen wir weiterhin in jeglicher Form grundsätzlich ab. Sie sind kein Mittel um die sozialen Zugangsbedingungen an bayerischen Hochschulen zu verbessern.

Wir halten auch die zunehmende Verquickung von Wirtschaft und Universität für bedenklich. Durch die vermehrte Ernennung von WirtschaftsvertreterInnen in Universitätsgremien sehen wir die Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet. Wir halten ein praxisorientiertes Studium für wichtig. Jedoch ist ein Studium mehr als nur Vorbereitung auf einen Beruf. Es stellt die einmalige Möglichkeit dar, sich intensiv mit einem Fachgebiet auseinander zu setzen.

Dieses Angebot sollte weiterhin bestehen und ausgebaut werden. Die zunehmende Heranzüchtung vermeintlicher Eliten durch die bayerische Staatsregierung hat als einzige Folge soziale Selektion, die unsere Gesellschaft vor weitere Probleme stellen wird.

Wir fordern darüber hinaus:

- Mehr bezahlbaren und zumutbaren Wohnraum für Studierende.
- Eine elternunabhängige bundesweite Studienförderung
- Eine gebührenfreie MeisterInnenausbildung
- Gebührenfreie und ausreichende Kindergartenplätze, um eine frühere Selektion zu vermeiden und jungen Eltern das Studium zu ermöglichen.
- Die Förderung des ökologischen Bewusstseins an Universitäten, z.B. durch die Umstellung auf fair-gehandelten Kaffee, biologisches Mensaessen, Mülltrennung und energieeinsparende Maßnahmen.

Frauenpolitik

Seit die Grünen die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Deutschland zum politischen Thema gemacht haben, sind auf diesem beachtliche Fortschritte erzielt worden. Viele Menschen – auch viele Frauen – halten Frauenpolitik deshalb heute für nebensächlich oder gar unnötig. Die Grüne Jugend Bayern sieht dagegen auch heute noch erheblichen Bedarf für eine vernünftige Gleichstellungspolitik, insbesondere im Bereich Beruf und Familie, aber auch bei der Diskriminierungsbekämpfung und nicht zuletzt in der grünen Partei selbst.

Beruf und Familie

Um Frauen ebenso wie Männern eine unabhängige Verwirklichung ihrer Lebensziele zu ermöglichen, ist es vor allem notwendig, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen. Zu diesem Zweck fordern wir den qualitativen und quantitativen Ausbau von Kindertagesstätten, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, eine Verpflichtung größerer Betriebe zur Einrichtung von Betriebskindergärten, die Einführung der Ganztagschule als Regelschule (mit verändertem pädagogischen Konzept) sowie verstärkte Anreize für Männer, die gesetzliche Elternzeit zu nutzen.

Diskriminierungsbekämpfung

Um die nach wie vor in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen bestehende Diskriminierung von Frauen endlich abzubauen, halten wir neben der baldmöglichsten Einführung eines Antidiskriminierungs- und eines Gleichstellungsgesetzes auch den Ausbau der Institution der Frauenbeauftragten für dringend notwendig. Wir rufen die Medien dazu auf, ihren Einfluss verstärkt zur Überwindung von Rollenklischees zu nutzen.

Innerparteiliche Strukturen

Für die Grüne Jugend Bayern bleibt die Frauenquote bei aller Kritik ein

wichtiges und notwendiges Mittel zur Frauenförderung. Um beiden Geschlechtern eine gleichberechtigte Teilhabe an politischen Entscheidungen zu ermöglichen, setzen wir darüber hinaus auch weiterhin auf Instrumente wie das Reißverschlussverfahren auf Debattenredelisten.

Das innerparteiliche Angebot an Maßnahmen zur Frauenförderung – wie etwa Mentoringprogramme – müssen ausgebaut, vor allem aber auch besser bekannt gemacht werden.

Drogenpolitik

Die großen drogenpolitischen Probleme kann nur eine Liberalisierung der Gesetze, und damit die Legalisierung aller Drogen beheben.

Das würde natürlich eine Amnestie all jener, die gegen das „alte“ Drogenrecht verstoßen haben, erfordern. Straftaten des StGB, auch wenn sie in Zusammenhang mit Drogen begangen wurden, bleiben davon unberührt. Damit eben diese Auswirkungen von Drogengebrauch den KonsumentInnen vertraut sind, ist ein umfangreiches Aufklärungsprogramm notwendig. Dieses geht von Aufklärungsunterricht in der Schule, der ggf. auch z.B. mit dem Biologie- Unterricht verbunden werden kann, bis hin zur außerschulischen Sozialarbeit. Der Unterricht sollte schon möglichst früh in der Grundschule beginnen, da somit zum einen „von klein an“ ein verantwortungsvoller Umgang mit Drogen gelehrt werden kann, zum anderen weil das Einstiegsalter mittlerweile stark gesunken ist. Die behandelten Themen werden dem jeweiligen Alter entsprechend behandelt. Ebenfalls sinnvoll wäre die Einführung eines „Drogen- Führerscheins“, der einen verantwortungsvollen Umgang mit Drogen attestiert, und mit einem Kurs verbunden ist.

Damit eine Drogen gegenüber möglichst objektive Erziehung möglich ist, muss ein generelles Werbeverbot geschaffen werden, das natürlich auch Tabak und Alkohol einschließt.

Ebenso ist es erforderlich, dass es vollständig drogenfreie Bereiche im öffentlichen Leben gibt; dazu zählen vor allem Areale, in denen Kinder häufig verkehren wie z.B. Spielplätze.

Des Weiteren brauchen Drogen einen eigenen Verkaufsbereich. Denkbar sind zum Beispiel „drug- stores“, vergleichbar den holländischen Coffee- Shops, in denen nur Drogen angeboten werden. Sie müssen sowohl für minderjährige unzugänglich sein als auch eine fachliche Beratung, die über Wirkungen, Dosierungen, Anwendungsmethoden und Therapiemöglichkeiten der Drogen Bescheid weiß, verfügen.

Trotz der bundeseinheitlichen Gesetzgebung bleiben die Vorgaben bzgl. der genauen Gestaltung der Drogenverkaufsbereiche, wie z.B. eventuellem Sichtschutz, Angelegenheit der Landtage.

Einheitlich dagegen sind die Grenzwerte bei Verkehrskontrollen zu ziehen. Die eingenommenen Drogensteuern decken den finanziellen Aufwand der Beratungsstellen und der „Drogenqualitätssicherungsbehörde“, die die gleich bleibend hohe Qualität des Konsumguts gewährleistet.